

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1931

120 (27.5.1931)

Zum Parteitag

Verfassungsfragen - Nachfragen

Von Karl Severing, Preussischer Minister des Innern

Das Verfassungsfragen Nachfragen sind, hat uns der Gründer der deutschen Arbeiterbewegung, Ferdinand Lassalle, in seinem berühmten Berliner Vortrag über Verfassungsfragen überzeugend dargestellt. Lassalle hat gelehrt, daß die in einer Klasse, in einer Partei zusammengeschlossenen gesellschaftlichen Kräfte, wenn sie in das allgemeine Bewußtsein dringen, „ein Stück Verfassung werden und sind“. Was Lassalle damals in den Anfängen der deutschen Arbeiterbewegung gesagt und geschrieben hat, ist auch heute noch nicht überholt. Die realen Machtverhältnisse in der demokratischen Staatsform sind wesentlich, als die geschriebene Verfassung, die ohne die Grundlage der tatsächlichen Machtverhältnisse nur bedingten Wert für die politischen Entscheidungen hat. Die demokratische Verfassung, die republikanische parlamentarische Staatsform der Demokratie, wie wir sie in Deutschland seit dem November 1918 besitzen, gibt nur die Form und die Möglichkeit, in der die politischen Kräfte sich auswirken können.

Die letzten Jahre innerparteilicher und wirtschaftlicher Auseinandersetzungen in Deutschland haben die Richtigkeit dieser Anschauungen gerade der deutsche Arbeiterklasse anschaulich bewiesen. Die deutsche Arbeiterbewegung ist gespalten, zwei sozialistische Parteien werden in der Arbeiterklasse für ihre Ideen, die Sozialdemokratische Partei und die Kommunistische Partei. Ich brauche hier nicht anzuführen, in welcher Form die Kommunistische Partei den Kampf gegen die Sozialdemokratie führt. Aber eines ist sicher: die erbitterte Gegnerschaft zwischen den beiden Parteien, deren Anhänger sich aus den Angehörigen der Arbeiterklasse zusammensetzen, hat es den Rückschlüssen aller Schattierungen ermöglicht, in der demokratischen Deutschen Republik ihre Macht und ihren Einfluß gerade in den letzten Jahren nicht nur auf politischem, sondern auf wirtschaftlichem Gebiet zu festigen und zu mehren. Solange ein großer Teil der deutschen Arbeiterklasse das Wort von Karl Marx: „Proletariat aller Länder, vereinigt euch!“ dahin interpretiert, daß es zweckmäßig sei, im eigenen Lande einander aufs bitterste zu bekämpfen, solange wird die politische Macht der Arbeiterklasse zum Schaden der Arbeiterklasse empfindliche Einbuße erleiden.

Das Wahlergebnis vom 14. September 1930 ist nur möglich gewesen, weil die deutsche Arbeiterklasse gespalten ist. Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, die ein Worttrupp der Reaktion und der Schwerindustrie ist, konnte nur infolge der Bitterkeit der Arbeiterklasse 6 1/2 Millionen Anhänger gewinnen, von denen ein Teil bestimmt zum Proletariat gehört. Es wird die dringlichste Aufgabe gerade der deutschen Sozialdemokratie sein, den deutschen

Arbeitern Klarheit darüber zu verschaffen, daß diese von den Ewig-Gestrigen, von Junkern und Prinzen geführte sogenannte „Arbeiterpartei“ Verrat an den Interessen der deutschen Arbeiterklasse allein schon durch ihre Existenz läßt. Denn in der Tat sind die Nationalsozialisten nichts weiter als eine Kampfstärke, die alle Rückwärtler mit Frau und Kind zu ihrer Front rechnen. Und der Wahlsieg vom 14. September 1930 hat in der Reaktion die Hoffnung stark werden lassen, innerhalb der demokratischen Deutschen Republik mit legalen Mitteln zu dem heiß erstrebten Ziele zu gelangen: den politischen Einfluß der Sozialdemokratischen Partei als Vertretung der Arbeiterinteressen auszuschalten.

Die schwere Wirtschaftskrise, unter der neben anderen europäischen Ländern Deutschland besonders schwer leidet, trifft in ihrer vollen Wucht naturgemäß zunächst die Arbeiterklasse. Fünf Millionen Arbeitslose bedeuten eine schwere politische Schwächung der Arbeiterklasse, damit auch der Sozialdemokratischen Partei. In einer Zeit schwerster Wirtschaftskrise kann die Arbeiterklasse nicht ungehemmt größere, entscheidende wirtschaftliche Kämpfe führen, bleibt sie in ihrem Handeln und in ihren Entscheidungen nicht unberührt vom Druck der Wirtschaftskrise. Diese Erkenntnis hat die Politik der Sozialdemokratischen Partei in den letzten Monaten bestimmt. Man kann nicht um die Macht ringen, wenn die Kampfkraft geschwächt ist. Jetzt gilt es, die erzwungenen sozialen und politischen Positionen zu verteidigen, mit aller Kraft dahin zu arbeiten, daß die Folgen der Wirtschaftskrise nicht allein auf den Rücken der Arbeiterklasse ausgetragen werden.

Aber wenn auch die Gegenwart ernst und trübe erscheint, so ist gerade für die deutsche Sozialdemokratie kein Grund zur Verzweiflung. Nichts beweist mehr die Unfähigkeit des kapitalistischen Systems als diese Wirtschaftskrise, die ja nicht nur Deutschland, sondern auch England, Amerika, Italien und Frankreich heimsucht. Nur der Sozialismus, nur eine organisierte und planvolle Wirtschaft wird solche schweren Seinschwächen vermeiden können. Die Zukunft gehört uns und unserer Sache! Diese Gewissheit läßt die organisierte deutsche Arbeiterklasse auch die politischen und wirtschaftlichen Kosten dieser Zeit der Abwehr und der Verteidigung ertragen. Die politische deutsche Arbeiterbewegung hat in den letzten Jahren manche Gefahr und Not überstanden. Sie ist all den Gegnern zum Trotz von ihrem Wege nicht abgewichen, hat unbeirrt an ihren Zielen festgehalten, an dem Kampf für die Demokratie im Interesse der Arbeiterklasse und ihrer Zukunft. So tragen wir auch weiter in uns das Bewußtsein, daß die Arbeiterklasse um ein Überwindlich ist, wenn sie klar in ihren Zielen, einig in ihrem Handeln zusammensteht!

Die Frau im Berufsleben

Interessante Feststellungen zur Entwicklung

Stuttgart, 25. Mai. (Via. Meldung.) Auf der Reichstagung des Allgemeinen Deutschen Lehrerinnenvereins in Stuttgart hielt die bekannte Vorkämpferin der Frauenbewegung, Frau Ministerialrat Dr. Gertrud Bäumer vom Reichsinnenministerium vor etwa 2500 Lehrerinnen aller Schattierungen einen sehr bemerkenswerten Vortrag über die Erziehung des Mädchens zur Frau und Staatsbürgerin. Dabei unterrichtete sie eingehend die Frage, ob die Familie, wie mehrfach behauptet werde, tatsächlich zur kulturellen Bedeutungslosigkeit herabgesunken sei. Auf Grund statistischer Materialien erklärte sie diese Behauptung als unzutreffend. Nur ein Sechstel Prozent der Deutschen leben als Einzelpersonen, 95 Prozent dagegen in Familienhaushaltungen. Auf der anderen Seite aber habe sich das Wesen des Familienlebens dadurch verändert, daß die Frauen immer stärker in das Erwerbsleben eintraten. Von den verheirateten Frauen waren 28,7 Prozent hausberuflich erwerbstätig und zwar meist in räumlicher Trennung vom Hausstand. Ein voller Arbeitstag nach alter Vorstellung sei heute nicht mehr aufrecht zu erhalten. Bei der ungeheuren Verlebensdauer der Warenproduktion auf Grund des Fortschritts der Technik bestehe keine Möglichkeit, der Aufnahme und des Verbrauchs aller Produkte. Darum sei heute der 6-Stundentag oder die 5-Tageweche keine utopische Forderung mehr für die Betriebe, in denen sich die Arbeit stundenweise abteilen läßt. Eine solche Regelung werde nicht nur die Frau, sondern auch den Mann in stärkerem Maße der Familie wieder zurückgeben. Die Aufgabe der Frauenbewegung werde es aber sein, eine Umgestaltung in der Frauenerwerbstätigkeit herbeizuführen. Heute seien die Frauen vielfach das Opfer rohen, wirtschaftlichen Zwangs und würden durch ihre Arbeit der Verdünnung und Mechanisierung ausgesetzt. Sie müßten Berufen zugeführt werden, die ihrem Wesen gemäß sind und darnach müßte sich die Ausbildung der Frauen und Mädchen gestalten.

Italien militarisiert auch die Frauen

Rom, 26. Mai. Eine heute erschienene Bekanntmachung der Faschistischen Partei gibt Richtlinien für die Schaffung weiblicher Faschistischer Organisationen bekannt, in die Frauen, die das 22. Jahr erreicht haben, aufgenommen werden können. Die Frauenfaschisten werden anschließend an die männlichen Organisationen gegründet und haben deren Organisation und dieselbe Disziplin.

Die Juden im Faschismus

Das Organ der „revolutionären Nationalsozialisten“ der Otto-Strahler-Richtung, Die deutsche Revolution, gibt in Nr. 18 einen Artikel aus dem Weltkrieg wieder, in dem folgende Tatsachen erwähnt sind:

„Der Vorsitzende der jüdischen Gemeinde in Triest, Giacomo Scilli, wurde mit dem Offizierskreuz der italienischen Ehrenlegion, und zwar mit Rücksicht auf die von ihm geleiteten humanitären Institutionen der jüdischen Gemeinde, ausgezeichnet.“

Die zionistische Landesorganisation in Italien wünscht, daß der nächste zionistische Kongress in Abbazia abgehalten werde. Die italienischen Regierungstruppen würden der zionistischen Bewegung auf italienischem Boden sehr günstig gegenüberstehen.

Der jüdische Oberabbate von Venedig, Dr. Dittolenghi, wurde vom italienischen König zum „Belehnhaber“ des italienischen Kronenordens ernannt.

Der Jude Giose del Vecchio, ein intimer Freund Mussolinis, ist in das Präsidium der faschistischen Partei gewählt worden.“

Das Strahler-Blatt fragt: Was sagen die deutschen Faschisten dazu? Herr Hitler und seinen Mitführern scheinen jedoch diese Dinge weniger interessant zu sein, denn sie verschweigen sie ihren Anhängern und Lesern und betreiben weiter nebeneinander Antijudaismus und Mussolininagbetelei.

Kritik innerhalb der Staatspartei

Gegen den Reichsfinanzminister

In der an sich keinen Staatspartei herrscht wieder einmal Krisenstimmung. Von überall her hagelt es insbesondere Proteste gegen den Parteivorstand, den Reichsfinanzminister Dr. Dietrich Reininghaus, erkrankt der frühere Staatsminister von Weizsäcker-Schwerin, Dr. Moeller, seinem Parteifreund Dietrich gleich in einem offenen Brief eine Lektion. Moeller schreibt:

„Die deutsche Staatspartei schmilzt mit beängstigender Schnelligkeit dahin. Vor allem fehlt der Staatspartei die Verbindung zur Presse. Sie wissen, Herr Reichsminister, daß Ihre Parapolitik nicht einmal bei den reichsbesessenen 12 000 Großgrundbesitzern Öffentlichkeitsarbeit ernten konnte. Wir anderen alle freuen unter der Krone der Fülle, die Sie den erhaltungsunwürdigen Interessentengruppen selbst einräumten und im gemeinsamen Rabinett weiterhin konsolidiert haben. Keibel die Position des Reichsfinanzministers nicht auch darunter, daß außer den rund 90 Millionen unmittelbaren Verlusten ein Ausfall von 30 Millionen an Zinsen wegen des völligen Abstufens der Weisenszufuhr entstanden ist. Die Staatspartei müßte gegen diese drückende Zollpolitik auf allen Wirtschaftsbereichen Sturm laufen. Nun muß notwendig der Schlachtfeld folgen: Herunter mit den Zöllen! Aber statt dessen bemerkt man ein geruchloses Zuleben, wie immer mehr das Lohnniveau sinkt und wie Handel und Verkehr in Waren und Anlagen erpiden. Kläglicherweise war die Senkungssaktion der Preise und der Druck auf die Handelspanne. Ein vollkommenes Verhängen. Die Staatspartei hat keinen politischen Mut zum Risiko. Sie hat kein Profil und keine Linie.“

Möller fordert von Herrn Dietrich zum Schluß seines offenen Briefes einen entschiedenen Kurswechsel. Nur fürchten wir, daß die Mahnung nicht fruchtet wird, und selbst wenn es anders wäre, die Staatspartei vor ihrem Untergang nicht mehr bewahrt werden kann.

Die Neckaraktiengesellschaft

Der Geschäftsbericht der Neckar-A.G. für 1930 weist darauf hin, daß die Bauarbeit an den Bauwerken Heidelberg-Neckarsteinach-Neckarsteinach-Münster und Gansfurt in der Hauptgeschäftsjahreszeit, neue Stauffen jedoch nicht in Angriff genommen worden sind. Bei den beiden Stauffen Münster und Gansfurt konnte das neue Werk in Gansfurt in Betrieb genommen werden. Die Errichtung und Verbesserung der rund 7 Kilometer Flußstraße zwischen Untertürkheim und Münster in teilweise etwa 5000 Quadratmeter Grundflächen, davon rund 168 Hektar bebautes Stadtgebiet, vor fünfzig Jahren durch den Neckar-Kanalbau begonnen, wurden im Jahre 1930 137 Millionen Reichsmark für einen Gesamtumfang von rund 45 000 Arbeiterkräften erseut. Die Einnahmen aus den Kräfteverträgen haben dank der günstigen Wasserstände erheblich zugenommen und sind von 1 247 106 im Jahre 1929 auf 1 771 170 M im Jahre 1930 gestiegen.

Arbeitsdienstplicht eine Kateridee

Sachliche Feststellungen des Tiefbau-gewerbes

Nachdem der Reichsverband der deutschen Industrie die Arbeitsdienstplicht bereits abgelehnt hat, wendet sich die Deutsche Tiefbau-Zeitung, die Zeitschrift des Reichsverbandes des deutschen Tiefbau-gewerbes, mit Argumenten gegen sie, die nicht übersehen werden können. Die Tiefbau-Zeitung müßt an das ad rem Geschwätz an, die freiwillige Arbeitsdienstplicht käme u. a. für Bodenverbesserungs- und Meliorationsarbeiten, für den Bau von Wegen und Straßen, von Spiel- und Sportplätzen usw. in Frage. Alle diese Arbeiten werden heute, so wird in den Ausführungen der Tiefbau-Zeitung betont, vor allem von mittleren und kleineren Unternehmern ausgeführt, die auf Grund langer Erfahrungen und ihres gut durchgebildeten Stammpersonals in der Lage sind, diese Arbeiten wirtschaftlich zu verrichten. Selbst wenn man die Kolonnen der freiwilligen Dienstplicht, wie vorgeschlagen worden ist, diesen Unternehmern zur Verfügung stellen würde, um die Ausgestaltung der Privatwirtschaft zu vermeiden, scheiterte das daran, daß diese Kolonnen nicht nach der jeweiligen Eignung für die betreffende Arbeit zusammengestellt werden können und weiter daran, daß, wie zum Beispiel für Straßenbau- und Meliorationsarbeiten, nicht jeder beliebige Mensch auf dem Lande in der Lage ist, diese Arbeiten auszuführen. Diese erforderten nicht nur die Ausbildung gegen Witterungseinflüsse, sondern auch eine nicht zu geringe zu bewertende Kenntnis und eine entsprechende Handfertigkeit.

Die Tiefbau-Zeitung beschäftigt sich weiter damit, daß Arbeitsleistung in nennenswertem Umfang nur bei entsprechenden Löhnen erzielt werden kann. „Erst durch das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom Sommer 1927 seien die Notstandsarbeiter in den Genuß und in die Verpflichtung des freien

Arbeitsvertrags gekommen. Dadurch hätten erst wirtschaftliche Erfolge erzielt werden können, die die Notstandsarbeiten produktiv werden ließen. Wenn man schon den Unternehmern die Kolonnen der freiwilligen Arbeitsdienstplicht zur Verfügung stellen wollte, sei nicht einzusehen, warum alle Kinderkrankheiten, die die produktive Erwerbslosenfürsorge durchgemacht hat, unbedingt wiederholt werden müssen. Ein Angehöriger der freiwilligen Arbeitsdienstplicht sei nichts anderes als der Schipper und Hilfsdienstplichtige, der uns noch aus der Kriegszeit bekannt ist und seine Arbeitsleistung äußerst minimal und unwirtschaftlich werde. Mit einem Tagelohn, das man den Arbeitsdienstplichtigen anstatt des regulären Lohnes geben will, könnten wirtschaftliche Leistungen eben nicht erzielt werden. Wer schwere Arbeit tut und sich, wie im Straßenbau usw., schweren Witterungseinflüssen aussetzt, wird bezahlt werden oder der Arbeitsdienstplichtige — diese Zeilen sind im Text der Deutschen Tiefbau-Zeitung fett gedruckt — habe von vornherein die Absicht, nichts Positives zu schaffen, sondern wolle nur Abenteuer erleben. Das werde nicht anders, wenn sich der Arbeitsdienstplichtige auch aus „ideellen oder politischen“ Gründen melde.“

Wenn man sich mitten in einer fürchterlichen Wirtschaftskrise, die alle finanziellen Kräfte anspannt, den Luxus leisten möchte, einige Hunderttausend junge Menschen auf dem Lande in Kolonnen zusammenzufassen, so will man damit nichts anderes als eine Pretorianergarde der politischen und der sozialen Reaktion schaffen. Das wären nachher die Reserve der politischen und sozialen Reaktion, die man durch Gesetz bei den Arbeitsämtern und bei der Arbeitsvermittlung zu lieb' Kindern macht, die man bei der Arbeitsbeschaffung benachteiligt, damit sie bei gutem Willen bleiben und der Reaktion jeden Tag zur Verfügung stehen, sofern man nicht die Idee der Arbeitsdienstplicht überhaupt als Kateridee betrachtet.

Rücktritt der polnischen Regierung

Warschau, 26. Mai. (Via. Draht.) Die polnische Regierung hat am Dienstag einstimmig beschlossen, dem Staatspräsidenten ihr Rücktrittsgesuch zu überreichen. Der Staatspräsident nahm das Gesuch an und beauftragte die Minister mit der Weiterführung der Geschäfte.

Warschau, 26. Mai. Der plötzlich erfolgte Rücktritt der Regierung des Obersten Slawek, die seit dem 4. Dezember v. J. im Amt steht, hat nicht überrascht. Als vermutlicher Nachfolger Slaweks wird der bisherige Handelsminister Oberst Prostor, der ebenso wie der zurückgetretene Ministerpräsident zum Kreise der engsten Freunde des Warschauer Pilsudski zählt, genannt.

Geographentag

Danzig, 24. Mai. Unter Teilnahme von fast 800 Gelehrten aus dem Reich und dem Auslande wurde hier der 24. Deutsche Geographentag eröffnet.

Lagung des BDM.

München, 26. Mai. Der Verein für das Deutschtum im Auslande hat seine Lagung in München abgehalten. Mindestens 20 000 Gäste aus Deutschland und des Grenz- und Auslandes haben an dieser Lagung teilgenommen.

Die Frühjahrsausaat in der Sowjetunion

Die Telegraphenagentur der Sowjetunion meldet: Bis zum 20. Mai sind 56 1/2 Millionen Hektar mit Frühjahrsausaat bestellt worden, das sind 56 Prozent des Gesamtplans. Davon entfallen auf die Kollektivwirtschaften 37 1/2 Millionen, auf die Sowjetwirtschaften 5 1/2 Millionen und auf die Einzelbauern 13 1/2 Millionen Hektar.

Blutige Zusammenstöße

Reichswehrsoldat niedergeschlagen

Hamburg, 26. Mai. (Via. Draht.) Auf der Insel Fehmarn kam es anlässlich einer Veranstaltung von nationalsozialistischen Sturmabteilungen zu Zusammenstößen mit Kommunisten. Vier Personen wurden schwer, 25 leicht verletzt. Ein Soldat der Reichswehr, der in den Krawall hineingeriet, wurde niedergeschlagen. Der Bürgermeister von Burg hat anlässlich der Zusammenstöße alle weiteren geplanten Kundgebungen der Nationalsozialisten verboten.

Nazis und Kommunisten überfallen Reichsbanner

Koblenz, 26. Mai. (Via. Draht.) Automobile des Reichsbanners, die sich auf der Fahrt von Koblenz nach Traben-Trarbach und Mayen befanden, wurden von Nationalsozialistischen Überfällen und mit Steinen bombardiert. Zahlreiche Reichsbannerkameraden wurden verletzt. In Mayen angekommen, wurden die Autos von Kommunisten bombardiert. Sie warfen mit Glassteinen, Blumentöpfen und anderen festen Gegenständen. Auch in Mayen gab es Verletzte.

Kommunistenzusammenstoß mit Polizei

Bonn, 26. Mai. (Via. Draht.) In Koblenz, einem moosartigen Dorfe mit 1200 Einwohnern, kam es zwischen kommunistischen Demonstranten und der Polizei zu einem blutigen Zusammenstoß. Die Polizei verlor sich mit der Waffe, so daß vier Personen auf der Stelle getötet und 5 schwer verletzt wurden. Der kommunistische Abgeordnete Major wurde als Rädelführer verhaftet.

Freistaat Baden

„Parteiuch-Beamte“

Der schwarze Freitag im Landtag

Man schreibt uns: Ja, es war ein schwarzer Freitag, der 22. Mai d. J., und der sozialdemokratische Redner, Genosse Rüdert, hatte recht, als er in später Abendstunde feststellte, „das Land hätte keinen Schaden erlitten, wenn alle diese förmlichen Anfragen über den Landfortschritt, den Nachfolger des Oberpräsidenten Rammlein und den Stadtoberhaupt Rat Hofheinz nicht gestellt und alle bisher gehaltenen Reden nicht gehalten worden wären.“ Gleichwohl hat es nichts geschadet, daß das einseitige Geschrei der Nationalsozialisten und der Deutschnationalen einmal in aller Öffentlichkeit auf seinen Wert zurückgeführt worden war.

Wer und wo sind die Parteiuchbeamten in Baden? Es sind in unserem Lande rund 23 000 Staatsbeamte vorhanden. Von ihnen sind noch keine 500 als besondere Anhänger der Koalitionsparteien in Erscheinung getreten. Gewiß gehören der Sozialdemokratie, der Demokratie und dem Zentrum eine größere Anzahl Beamte an, aber daß sie stark politisch in den Vordergrund drängen würden, kann man nicht sagen. Auch nicht innerhalb der Sozialdemokratie! Und alle jene Parteigenossen, welche als Beamte im badischen Staat oder in den badischen Stadt- und Gemeindeverwaltungen tätig sind, brauchen sich nicht als sogenannte Parteiuchbeamte ansehen und verläßern zu lassen. Sie erfüllen ihren Dienst gewissenhaft und sehen wohl durchgängig hinter den Leistungen der Berufsbeamten nicht zurück.

Das ist es gerade, was von unserer Seite am schärfsten zurückgewiesen werden muß, als ob Parteiuchbeamte unbrauchbare, untätige Menschen wären, die lediglich ihrer Parteipflicht wegen in das Amt gekommen, welches sie heute ausüben. Viele von ihnen sind durch die harte und lehrreiche Schule der Partei, der Gewerkschaften, der Ortskrankenkassen, der Konjunktionsgesellschaften usw. gegangen und sollten nun auf einmal nicht fähig sein, einen Beamtenposten zu bekleiden? Letzten Endes vertritt sich in dieser Frage doch ein Stück politischer Macht! Die badische Sozialdemokratie hat am 30. September 1930 an Stimmen erhalten rund 210 000. Und sie sollte im badischen Staat keine Beamten stellen dürfen?! Mit Recht sagt Gen. Dr. Kemmele in seiner Broschüre: „Die Futterkrippe“ am Schluß der Ausführungen: „Bei Licht besehen, geht die Sämpferei gegen die Sozialdemokratie wegen ihrer angeblichen Futterkrippenwirtschaft doch nur deswegen durch die Lande, weil die Sämpferei selbst zur Futterkrippe drängen und weil sie es nicht ertragen können, daß sie in dieser Beziehung man auch von der Arbeiterklasse fonturzenziert werden.“

Armselige Argumente auf dem Nazi-Bauerntag

Man schreibt uns: Wenn die Nationalsozialisten in der Landeshauptstadt eine Bauernkundgebung veranstalten, dann darf man wohl auch fragen, was sie ihr gesagt worden. Denn schließlich soll eine Kundgebung den Zweck haben, Mittel und Wege anzugeben, wie man der badischen Landwirtschaft hilft. Mit Sprüchen ist ihr bekanntlich am wenigsten gebist. Der erste Redner, der Landwirtschaftsinspektor Lange nst ein, hat, soweit die Badische Presse berichtet, wenigstens den Versuch gemacht, auf den Kern der Dinge einzugehen. Ganz unfähig hat sich dem Problem gegenüber der zweite Redner, der Landtagsabg. Roth aus Sieboldsheim gezeigt. Während Langen die „Abdroßelung aller angeblich „überflüssigen“ Einflüsse“ forderte, die eben nicht durchzuführen ist, weil das Industrie- und Landwirtschaftsland auch ausführen muß, erklärte Roth, das Grundübel rühre daher, weil Eigentum vor Gemeinnutz gehe. Was soll man mit solchen Redensarten? Auch wenn Roth feststellt, daß der Kunstbinder unerwünscht teuer sei, daß die Anilinfabrik aber bis zu 30 Prozent Dividenden verteile, so muß man wieder fragen, wo bleibt da die Tätigkeit der Landwirtschaftlichen Berufsorganisation?

Als im Vorjahre der Vorschlag der Landwirtschaft in der badischen Landtag beraten wurde, hat Herr Roth, soweit ich mich entsinne, die Landwirtschaftsrede der Nationalsozialisten gehalten. Diese Rede war so armselig, so inhaltslos, so wenig von praktischer Kenntnis der Landwirtschaft bezeugt, daß der Innenminister Wittemann, dem die Landwirtschaft ressortmäßig untersteht, in öffentlicher Landtagsitzung feststellte, eine so miserable Landwirtschaftliche Rede hätte er noch nicht gehört. Es ist ja bekannt, daß Roth zu denjenigen nationalsozialistischen Abgeordneten zählt, welche am geistlosesten sind. Gleichwohl heißt es in der Badischen Presse:

„Die Rede des Landwirts und Landtagsabg. Roth wurde von den anwesenden Landwirten mit großem Beifall aufgenommen.“ Wo waren die „anwesenden Landwirte“, welche den großen Beifall gependet haben? Uns wird versichert, meistens Söhne von Landwirten, junge, unerfahrene, aufgeschogene Leute, die keine Ahnung davon haben, daß es neben der Landwirtschaft auch noch ein Industrie- und Arbeiterproletariat gibt, das von maßloser Arbeitslosigkeit geplagt ist. Wenn sie dem Landwirt Roth großen Beifall spenden, dann will das nicht viel besagen. (In einer Korrespondenz des Volksfreund aus Sieboldsheim wurde ja früher festgestellt, wie es mit der landwirtschaftlichen Tätigkeit des Landtagsabg. Roth bestellt ist.) Uns scheint, daß es bei dieser Kundgebung weniger darauf ankam, der Landwirtschaft mit Rat und Tat beizustehen, als am 2. Pfingstfesttage eine große nationalsozialistische Veranstaltung aufzuführen. Wenn die Ständer keine Kommentaren der Landwirtschaft sind, wenn weniger Mühe bezogen, weniger Fleiß geessen werden kann, dann lobet ja die Landwirtschaft im hohen Maße genau so Rot, wie die Industrie- und Arbeitererschaft. Was die Worte von Roth: „Rebes Volk brauche einen Wehr- und Nährstand.“ Uns scheint gegenwärtig der Nährstand nicht wichtig zu sein, wie der Wehrstand. Deswegen verlangen wir auch ständig Abstriche beim Wehretat. Aber daß wir einen kostspieligen Wehrstand aufziehen, hat doch zur Folge, daß der Nährstand ganz erheblich darunter leidet.

So sehen die Bauernargumente der Nationalsozialisten aus. Badische Bauern sind ihnen bei der letzten Reichstagswahl und auch bei der Gemeindevahl leider zahlreich nachgelaufen. Sie können ja nun prüfen, ob die unfruchtbarste Politik der Nationalsozialisten im Reiche und im Lande ihnen bisher irgendwie geholfen hat.

Aus aller Welt

Start Piccards

Kassburg, 26. Mai. Professor Piccard läßt soeben offiziell mitteilen, daß er morgen früh um 4,15 Uhr zu seinem Stratopflanzflug starten wird.

Zwei Paddler beim Rheinfall ertrunken

Schaffhausen, 26. Mai. Gestern nachmittags versuchten zwei junge, noch unbekannte Leute mit einem Paddelboot unterhalb des Rheinfalltes zu dem mitten im Fluß befindlichen Rheinfallstein zu gelangen, obwohl man sie vorher gewarnt hatte. Das Boot schlug um und beide ertranken, ohne daß ihnen von den zahlreichen Besuchern des Rheinfalltes Hilfe zu Teil werden konnte.

Eisenbahnunglück in Frankreich

Paris, 26. Mai. Bei St. Mihiel entgleisten heute Nachmittag die hinteren Wagen eines nach Verdun fahrenden Personenzuges. Zwei Reisende wurden getötet, mehrere verletzt.

12 Tote, 67 Verletzte am Pfingstmontag in Paris

Paris, 26. Mai. Die Verkehrsunfallstatistik des Pfingstmontags stellt sich auf 12 Tote und 67 Verletzte. Dabei sind nicht eingerechnet 50 Verletzte, die das Opfer eines gestern abend durch fallende Weizenhüllungen hervorgerufenen Zusammenstoßes in einem Pariser Bahnhof geworden sind.

Bootsunglück auf dem Chiemsee

Traunstein, 26. Mai. Ein bedauerliches Bootsunglück, bei dem zwei Brüder den Tod fanden, ereignete sich am Pfingstmontag auf dem Chiemsee. Der 17-jährige Hans Starb fuhr in einem beschädigten Boot mit seinem achtjährigen Bruder Herbert etwa 40 Meter in den See hinaus. Plötzlich stürzte der Kleine aus dem Kahn. Als sein Bruder ihm zur Hilfe kommen wollte, versanken beide vor den Augen der Mutter in den Wellen. Einer der Brüder wurde geborgen, doch blieben Wiederbelebungserfolge erfolglos. Die Leiche des anderen Bruders konnte noch nicht gefunden werden.

Tragödie in der Wüste

San Francisco, 26. Mai. Zugleich mit der Nachricht, daß der Leiter der Vermessungsabteilung in der Wüste Clayton, für die Verdienste medaille vorgeschlagen worden ist, werden Einzelheiten einer schrecklichen Tragödie bekannt. Ende Februar fand Clayton in der Wüste eine Gruppe völlig erschöpfter Beduinen. Sie erzählten ihm, daß sie bei der Besetzung der Oase von Kufra in der wasserlosen Wüste umhergezogen seien. Nach weiteren Gruppen von Beduinen seien unterwegs waren, machte sich Clayton sofort mit drei Automobilen auf die Suche. Er fand noch drei Gruppen von Flüchtlingen, die er in Sicherheit brachte. Wie viele Beduinen in der Wüste zu Grunde gegangen sind, steht noch nicht fest. Die letzte Gruppe von Getreideten hatte ursprünglich aus 42 Personen bestanden und war auf 19 zusammengekrumpft; die anderen waren unterwegs liegen geblieben und verhungert.

Rekord in der Maitäfelverfertigung

Aus Budapest wird gemeldet: Die Stadt Debreczin beschloß vor kurzem, in ihren Waldungen eine allgemeine Verteilung der Maitäfel durchzuführen, die in diesem Jahre in äußerst großer Zahl erschienen waren und bedeutenden Schaden anrichteten. In den ersten zwei Wochen des Verteilungsablaufes wurden 1200 Meterzentner vernichtet. Wenn man auf ein Kilo 1200 Exemplare dieser gefährlichen Gesellschaft rechnet, so ergibt sich, daß der erfolgreiche Säuberung ungefähr 150 Millionen Maitäfel zum Opfer fielen. Die Stadt entrichtete 15 Heller (rund 11 Pf.) für je ein Kilogramm der Schädlings.

Heim für arbeitende Schriftsteller am Zürichsee

Feldbach (Kanton Zürich), 23. Mai. Am 1. Juli wird das kleine Heim für arbeitende Schriftsteller in Feldbach am Zürichsee eröffnet, das gegen einen ganz geringen Unkostenbeitrag jedermann zugänglich ist, dessen literarische Leistungen der Förderung wert erscheinen. Weitere Mitteilungen sind bei dem Heim einzuholen.

47 Tote bei dem Bergwerksbrand in Hinterindien

Madras, 26. Mai. Die Zahl der bei dem Brand in dem Goldbergwerk in Kolar (Mairpur) ums Leben gekommenen hat sich auf 47 erhöht. 30 Personen werden noch vermisst.

Die Ursache des Einsturzungsunglücks in Greifswald

Greifswald, 26. Mai. Bei den Untersuchungen über das Einsturzungsunglück im Garten des Gemeindefesthauses in Greifswald ist man jetzt zu folgendem Ergebnis gekommen: Die in einer Breite von 12 Metern einestürzte Mauer bildete eine Wand eines Stalles, in dem die mit Kraftwagen zu dem Sportfest herangefahrenen Arbeiterportier ihre Autos und Motorräder untergestellt hatten. Das Stallgebäude war als banalartig befunden worden. Es ist nach den bisherigen Feststellungen durch die heranziehenden schweren Lastkraftwagen, die mit Arbeitersportlern dicht besetzt waren, so stark erschüttert worden, daß die Mauer ihren Halt verlor. Nachdem schließlich noch ein Lastauto mit Berlinern eingetroffen war, ereignete sich kurz darauf das Unglück. Wie jetzt festgestellt werden konnte, erlitten im ganzen 30 Personen Verletzungen. 20 von ihnen jedoch nur leichte Hautabrisse. Diefem Unglück ging am Vormittag ein schweres Kraftfahrzeugunglück voraus. Der Besitzer des verhängnisvollen Stallgebäudes brachte mit einem Kraftwagen eine größere Anzahl Mitglieder des Sportvereins aus Anklam nach Greifswald. Als er schon in Greifswald anlangt war, hielt er in Schwabbinen, einer engen Hauptverkehrsstraße, mit einem Motorabfahrer zusammen. Bei dem heftigen Anprall wurde der Fahrer des Kraftwagens, der Feinmechaniker Artur Hermann aus Bornim bei Potsdam und sein Mitfahrer, der Maler Günther Kimmel, schwer verletzt, während die Sportler unverletzt blieben.

Abwanderung aus Großstädten

Folgen der Wirtschaftskrise

Unter Einfluß der Krise ist eine stärkere Abwanderung aus fast allen Großstädten eingetreten. Damit hat sich das Wachstum der Großstädte stark verringert. Im Jahre 1930 ist sogar eine Abnahme der großstädtischen Bevölkerung eingetreten. Während 1927 der Gesamtwanderungsüberschuß der Großstädte in Preußen noch rund 103 000 betrug, verringerte er sich im Jahre 1928 auf 95 000 und im Jahre 1929 auf 54 000. Das Jahr 1930 brachte einen Wanderungsverlust. Die Zahl der Fortgezogenen übertraf die der Zugezogenen um 50 000. 1927: 81 000, 1928: 86 000 und 1929: 60 000. Das Jahr 1930 schließt mit einem Wanderungsverlust von 8500 Personen ab.

Unter den Großstädten mit Wanderungsverlusten stand Gelsenkirchen an erster Stelle. Es folgten Oberhausen, Frankfurt a. M., Duisburg-Hamborn, Bochum und Düsseldorf. Sieht man von Frankfurt am Main ab, so sind es im wesentlichen die großen Industriegebiete des Ruhrgebietes, die bei gleichzeitig starker natürlicher Vermehrung der Bevölkerung einen bedeutenden Wanderungsverlust haben. Diese Städte hatten übrigens auch in den vorhergehenden Jahren fast immer einen Wanderungsverlust gehabt.

Der Geburtenüberschuß des Berichtsjahres, der sich auf 43 000 Personen belief, reichte nicht aus, den Wanderungsverlust wett zu machen, so daß die preußischen Großstädte zusammen im Jahre 1930 mit einem Bevölkerungsverlust von 7300 Personen abschlössen. Dabei hatten, bis auf Berlin, sämtliche preußische Großstädte einen Geburtenüberschuß.



Der Eissee bei Garmisch-Partenkirchen

Ein echter Kämpfer fürs „Dritte Reich“

Stuttgart, 26. Mai. (Eia. Draht.) Von der verobenden Wirkung des in den Organisations der Nationalsozialisten herrschenden Geistes leate ein Proseß Zeunias ab, der sich vor dem Schwurgericht Ulm abspielte. Dort hatte sich der SA-Mann Fromm aus Reiningen wegen versuchten schweren Raubs, schweren Diebstahls und versuchten Mordes zu verantworten.

Fromm trat im Herbst 1930 bei einer SA-Abteilung der Nationalsozialisten als aktives Mitglied ein. Er war damals bei den Wieland-Werken in Ulm als Kaufmann beschäftigt. Fromms Vater, der in Reiningen Bürgermeister ist, führte vor Gericht aus, sein Sohn sei bis zum Eintritt in die Nationalsozialistische Partei rechtschaffen gewesen. Sech nachdem er der SA. angetröte, habe er jeden Einfluß auf ihn verloren. Auch sei der Angeklagte ängstlich und lech geworden.

Die Verhandlung ergab weiter, daß Fromm, seit er bei den Nationalsozialisten war, finanziell stark ins Gedränge kam. Beim Eintritt in die SA. mußte Fromm in vollem Maße ersuchen. Die 120 M für die Ausrüstung borgte er sich aus. Geldgeber war sein Kamerad Fritz Lutz aus Gerhausen, der ebenfalls in Ulm arbeitete und mit Fromms Bruder das Zimmer teilte. Ein Schuldschein über 120 M Darlehen wurde ausgestellt, später erhielt Fromm nochmals 40 M zum Erwerb einer Staukrüstung. Immer wieder verbrauchte der Angeklagte seinem Freund die Rückzahlung des ausgeliehenen Betrags, kam aber nie dazu, weil er bei den Trinkgelagen der SA. sehr viel Geld brauchte.

Der Freund drohte schließlich, zum Vater seines Schuldners zu gehen und ihm seinen Wein einzuschenken. Aber davor hatte Fromm Angst, und daraus ermuht der Gebanke, sich des Schuldscheins zu bemächtigen und auf diese Art die Schuld zu beseitigen. Lutz hatte einige hundert Mark auf der Sparkasse, Fromm brachte es dazu, daß Lutz sein Geld abgab, weil er sich einreden ließ, daß „die Ban-

ken verreden“. Bei Fromm nahm der Plan, seinen Freund zu ermorden, jetzt immer festere Formen an. Bei einem SA-Kameraden wurde eine Selbstadepistole geliehen. Auch verschaffte er sich eine Kautschukpistole mit Munition.

Am 11. Februar bestellte Fromm seinen Freund brieflich an die Donau mit der Begründung, es sei eine Übung mit Waffen angeleitet. Zugleich wurde Lutz aufgefordert, den Brief mitzubringen. Fromm wollte im Falle der Ausführung seiner Tat dieses Belastungszeugnis beseitigen. Als Lutz einmal rückwärts schaute, zog Fromm die Pistole und steckte nach dem Kopf seines Kameraden, ohne ihn aber ernstlich zu verletzen. Der zweite Schuß traf Lutz an einer Hand. Während Lutz davon sprang, sicherte Fromm die Pistole, sprang seinem angeschossenen Opfer nach und raufte sich mit ihm. Dabei erhielt Lutz mit der Pistole schwere Schläge auf den Kopf und ins Gesicht, so daß er stark blutete. Im Verlauf des Kampfes bemächtigte sich Lutz dann der Pistole und warf sie in die Donau. Fromm begleitete den stark blutenden Lutz nach Hause und wirkte auf ihn ein, ihn nicht zu verraten. Tags darauf mußte sich Lutz jedoch ins Krankenhaus begeben, worauf Fromm in die Wohnung des Freundes eindrang, und dort einen Einbruch verübte. Er fand lediglich 10 M in einem Koffer vor.

Fromm, der in der Voruntersuchung diesen Tatbestand selbst zugestanden hatte, wurde zu drei Jahren und sechs Monaten Zuchthaus verurteilt.

Die bekannte Fahnenfabrik Bernhard Richter, near. 1269, Köln 8, hat soeben ihre neue Vereins- und Sommerfestpreisliste Nr. 218 herausgegeben, welche dieselbe auf Verlangen kostenlos und unverbindlich verschiebt. — Die Liste enthält eine außerordentlich reiche Auswahl und die Preise sind bedeutend ermäßigt und der besten Wirtschaftslage angepaßt. — Die Firma ist in allem Berlin bezugsbar, besonders auch in Vereinstafeln und allen Einzelteilen außerordentlich leistungsstark. Wir verweisen auf das Inserat der Firma in der vorliegenden Nummer.

K. HAFNER Kaiserstraße 163 **Spezial-Geschäft** für Lieferung und Büromaschinen
Telephon 2127 - Reelle Bedienung Inlandsetzung von



Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

27. Mai.

1871 Franz. Revolüt. Milliere erschossen. — 1910 +Bakteriolog Robert Koch. — 1920 Lettland wird unabhängig. — 1926 Kapitulation Abd el Reims. Ende des Riffkrieges. — 1929 Sos. Parteitag in Waadburg.

ist Bergwachtarbeit nötig?

Wer heute einen Spaziergang durch unseren Hardtwald macht, über seine übliche Erholung sucht, ist sehr erfreut über den herrlichen Baumwuchs, der in den letzten Jahren durch die Forstverwaltung infolge Anpflanzung von verschiedenen Laubbäumen ein prächtiges Bild dem Auge bietet. Gerade an der Peripherie der Stadt, beim Engländerplatz um konnte sich durch die Einsäunung der „Wald“ entfalten. Wo früher eintönige Fichten standen, ist heute ein schöner junger Mischwald. Weil der Mensch nicht mehr den Wald betreten hatte, konnte sich dort „Leben“ entfalten. Ein Beweis, der die Menschen belehren müßte, daß man nur auf den vorerlebten Wegen wandeln soll.

Wie aber sieht es sonst noch aus um die Rubebänke? Ein Kehl steigt auf, wenn man all den Urat, Papier usw. sieht, der an diesen Erholungsstätten zurückgelassen wird, geschaffen durch Wesen, die sich „Mensch“ nennen und Anspruch auf „Bildung“ machen und mit feinsten Garbrosen und Kinderwagen auftreten.

An der Hedwigsquelle ist vom Schwarzwaldverein eine neue Unterfunktionsstelle erstellt worden. Das Müttchen ist noch nicht ganz fertig, schon müssen 18- bis 20-jährige Buben versuchen, das Dach zu befeigen oder Steine darauf zu werfen. Die Bergwacht predigt seit Jahren um die Reinerhaltung der Natur. An der Hedwigsquelle muß es vorkommen, daß ein Junge aus einer sich beispielgebend verhaltenden Jugendgruppe mit dem Knie beim Aufsteigen in einen Felsenherden kniet und sich böse das Knie verkratzt. Darum merke sich jeder:

Fischen, Linsen, Postpapier
Sind dem Walde keine Zier.

Aber auch der Anflug des Pflanzenwachstums muß mehr als bisher verfolgt werden. Die Eltern sollten es den Kindern lassen, daß die Blumen am schönsten dort erblühen, wo sie wachsen. Eine weitere Unsitte droht einzureißen, indem die Autos und Motorräder ihre Fahrzeuge oft dicht mit Zweigen und Blumen behängen.

Die Forstverwaltungen und die Bergwacht werden streng darauf achten, daß solche Unsitte aufhört, indem sie die Nummern der so betroffenen Fahrzeuge zur Anzeige bringen. Der echte Wanderer läßt die Natur unberührt und erlebt sie als etwas Ehrwürdiges, das nicht befußelt werden darf durch Abfall und wüsten Lärm.

Aus Organisationen und Vereinen

Der Badische Frauenverein vom roten Kreuz, Zweigverein Karlsruhe, hatte Mittwoch, 20. Mai, nachmittags 3.15 Uhr, in dem Bürgerpalast des Rathauses zu seiner alljährlich wiederkehrenden Generalversammlung im Saal der Hausangestellten eingeladen. Es konnten 80 Hausangestellte ein ehrendes Andenken überreicht werden. In ihrer Begrüßungsansprache gedachte die Präsidentin des Frauenvereins Karlsruhe des hundertjährigen Bestehens, den der Verein für Ehrung treuer Hausangestellter in diesem Jahr feiert und der Bedeutung dieses Standes. Herr Stadtpfarrer Seufzer leitete in dankenswerter Weise die Beiträge übernommen. In Vertretung der Präsidentin des Landesvereins hatte Frau Ernst Sinner die Heberleitung der fidejurnen Kreuze für 25 Jahre und der fidejurnen Kreuze für 40 Jahre übernommen. Aus Anlaß der Summierung der Beiträge verließ der Pfarrer besonders einbräutliche Ansprache fand im Gesellschaftsraum des Bad. Frauenvereins, bei Kaffee und Kuchen eine gemütliche Zusammenkunft statt, an der Frau Bauer-Genter humorvolle Vieder zur Runde vortrug, die allgemein große Freude hervorriefen und einen tröstlichen Abschluß der schönen Feier bildeten.

Es wurden ausgeschrieben: Hausangestellter für eine Dienstzeit von 3, 6, 12, 18, 24, 25, 36 und 40 Jahren.

Männergesangsverein Silberband Karlsruhe. Dieser durch seine zahlreichen und kulturellen Veranstaltungen in weiten Kreisen beliebter Stadt- und weit darüber hinaus in bestem Ansehen stehende Männergesangsverein bezieht sein 26. Stiftungsfest mit einem am Samstag, 30. Mai ds. Js., abends 8 Uhr, im Festsaal der Gesellschaft „Eintracht“ (Karls-Friedrich-Str.) stattfindenden Konzert. Die Vortragsstoffe einen echt volkstümlichen Charakter trägt. Vorübergehend verließ der Chor, bis jetzt immer noch unerreichte Meister in der Bearbeitung und Eigenkomposition ungewöhnlicher Volkslieder, ist allein mit 6, die Wanderlust, das Viehschreien und das Wehweh um Ausbruch bringenden Chorliedern vertreten, die hinsichtlich des Textes in innigem Zusammenhang stehen und durch die von den Konzertfängerinnen Elise Zoos (Soprano) und Eugenie Zipp (Alt) in dieser Abteilungs zum Vortrag gelangenden Stücke von Mendelssohn-Bartholdy sinnvoll ergänzt werden. Aber auch zeitgenössischen, berühmten Meistern auf dem Gebiete des Männergesanges, wie Ludwig Baumann, Hugo Kamm und Rudolf Kamm, wird der auf 100 Sänger angemessene Chorchor der Silberbandes gedreht werden durch die Aufführung einiger ihrer hier zum Teil noch nicht gehörten Chorwerke, in denen die Schönheit der Natur genossen wird. Mit Liedern für Sopran sind Hermann Scherer, Franz Böhling, Richard Trunt und Hans Pfister und mit Liedern für Sopran und Alt der am 17. April 1930 verstorbene Badische Komponist Ludwig Keller vertreten. Stadtdirektor Hermann Scherer wird, wie seit einer Reihe von Jahren, auch diesmal wieder am Flügel seines Amtes walten. — Der Besuch dieses Konzertes für das Eintaktarten zu sehr mühsamen Vorträgen (siehe Inserat) im Musikhaus Fritz Müller und an der Abendkasse erhältlich sind, kann allen Freunden des Gesangs bestens empfohlen werden.

Veranstaltungen

Streichkonzert im Stadtpark. Am Mittwoch, dem 27. Mai, findet im Stadtpark, von 15¹⁵-18 Uhr ein Streichkonzert des Philharmonischen Orchesters unter der Leitung von Herrn Musikdirektor Emil Strauß statt. Das vorzubereitete Programm herrscht den Konzertbesuchern einen genußreichen Nachmittag zu bieten.

Sängerkonzert im Stadtpark. Zu Ehren der Teilnehmer an der Reichstagswahl des Bundes deutscher technischer Fachbeamten veranstaltet die Stadterwaltung am Donnerstag abends, 28. Mai, von 20¹⁵ bis 22 Uhr ein Sängerkonzert. Dasselbe wird vom Philharmonischen Orchester unter Leitung von Herrn Musikdirektor E. Strauß durchgeführt. Das für diesen Abend ausgearbeitete Konzertprogramm, das außer dem Meister Richard Wagner, Verdi und andere bekannte Komponisten enthält, dürfte die Konzert- und Gartenbesucher vollst. befriedigen. Wegen der Eintrittspreise verweisen wir auf die Bekanntmachung im Anhang.

Zur Nazi-Demonstration am Pfingstmontag

Der tödliche Ausgang der sogenannten Bauernkundgebung der Nazis am Pfingstmontag bildet natürlich das Tagesgespräch. Auch die Presse nimmt Stellung zu dem Ueberfall auf den Nationalsozialistischen Bilet. Der Führer bezeichnet den kommunistischen Landtagsabgeordneten Böning als den intellektuellen Urheber der kommunistischen Ueberfälle. Inwieweit dies zutrifft, vermögen wir nicht zu beurteilen. Das eine aber wissen wir bestimmt, daß auf beiden Seiten, sowohl bei den Nazis wie bei den Nazis, genug zur Gewaltanwendung im politischen Kampfe geheißt wird. Die Sprache des Führers ist z. B. nicht dazu angetan, den Gegner der Nazis mit geistigen Waffen zu bekämpfen, sondern sie ist eher dazu geeignet, die Atmosphäre zur Rohheitsbetätigung zu schaffen. An dem gemeinen Ueberfall am Pfingstmontag auf einen jungen Mann bei Busenbach ist gewiß nicht Herr Böning der intellektuelle Urheber, sondern er ist vielmehr auf der anderen Seite zu suchen. Es ist schon so, daß beide einander wert sind die Nazis und die Nazis, sie beide haben Schuld an der Verwilderung des politischen Kampfes, weil bei ihnen die politische Verwilderung unterstützt wird. Der beste Beweis dafür ist die Tatsache, daß zu der Zeit, als diese beiden Parteien noch nicht bestanden haben, von Ueberfällen und Totschlag im politischen Kampf nichts bekannt war. Aber von dieser Tatsache wissen Zeitungen wie die Badische Presse, die ja nur bei den Kommunisten die Gewaltanwendung sieht, aber nicht bei den Nazis, scheint nichts. Man weiß allerdings, warum diese doppelte Moral bei der Badischen Presse vorhanden ist.

Der Badische Beobachter beschäftigt sich ebenfalls mit dem bedauerlichen Vorfalle am Montag und schreibt u. a.: Wir haben in Karlsruhe also einmal wieder einen politischen Totschlag zu verzeichnen. Man regt sich ja heute nicht mehr sehr darüber auf, wenn so etwas geschieht; so sehr ist bereits infolge der künstlich mit allen demagogischen Mitteln gesteigerten Aufregung umeres politischen Lebens der Ordnungssinn abgestumpft. Das ist ein anormaler Zustand und er muß mit aller Deutlichkeit als solcher gekennzeichnet werden. Politische Kämpfe und Gegenstände sind normalerweise eine fiktive Kämpfe und sollen daher nicht mit Wodwaffen ausgetragen werden. Das galt sonst im Leben der Parteien als selbstverständlich. Unter den heutigen Verhältnissen, wo ein Radikalismus den anderen heft, wendet man sich immer mehr von dieser Anschauung ab und gewöhnt sich daran, die politischen Anschauungen auch mit Säufen, Pistolen und Meißeln zu vertreten. So hat die nationalsozialistische Demonstration, die unter dem Titel eines nationalsozialistischen Bauerntages von Mittelbaden ging, wieder ein junges Menschenleben gekostet.

Man muß das unter allen Umständen tief bedauern. Man kann die Frage stellen, ob es bei der immer stärkeren Erregtheit des politischen Lebens Flug ist, derartige unnötige Demonstrationen, wie wir sie am Pfingstmontag in Karlsruhe erlebt haben, auszulassen. Man kann diese Frage umlocher erheben, als die Demonstrationen sich in ihrer inneren Abhängigkeit gegen den Gegenwartsstaat wenden und als eben nur die Feinde des Gegenwartsstaates diese Art der Propaganda für ihre Ziele immerfort anwenden — das muß auf die Dauer verberlich wirken! Aber wenn man solche Demonstrationen doch einmal zuläßt, dann müssen gewalttätige Störungen auf's Schärfste geahndet werden, damit nicht der Eindruck entsteht, als finde man sich bei uns mit den leider üblich gewordenen mörderischen Gewalttaten bereits ab. Der Fall vom Pfingstmontag zeigt allerdings wieder einmal ganz klar, daß es einfach nicht möglich ist, solche Untaten zu verhindern, sobald die Straße bei den bestehenden scharfen Gegenständen für Demonstrationen des Radikalismus freigegeben wird. In Karlsruhe konnte man sich bei dieser Gelegenheit in der Hoffnung wiegen, daß die Polizei, die überall breit stand und in Kraftwagen schnell hieher und dorthin fuhr, alle Ausschreitungen verhindern würde. Diese Hoffnung war falsch. Kommunistisch-bolschewistische Rohheit erschütterte den Augenblick, wo sie Raue für die nationalsozialistische Demonstration nehmen konnte. Der Täter, der den Prügel führte, verschwand, bevor ihn die Polizei fassen konnte. Damit ist der Beweis geliefert, daß es der Polizei selbst bei voller Bereitschaft nicht möglich ist, so schwere Untaten selbst auf öffentlicher Straße im Ansehn einer unbeschränkten Menge zu verhindern. Daraus müßten die sich unmittelbar ergebenden praktischen Folgerungen gezogen werden. Diesmal waren es Kommunisten, ein anderes Mal sind es Nationalsozialisten; die Kampfmethoden sind die einen wie der anderen hinsichtlich dieser Möglichkeit in diesem Fall aus. Darum gibt es nur ein Mittel, derartige Zwischenfälle, die uns Deutsche immer mehr in Verzug bringen, zu verhindern. Man lasse solche öffentlichen Demonstrationen, die Anlaß zu so schwerer Verletzung der Ordnung geben, nicht mehr zu. Der rubia denkende Teil der Bevölkerung,

der immer noch in der Mehrheit ist, spricht das immer wieder offen aus und man konnte das auch während der Demonstration am Pfingstmontag hören. Die Verfassung erlaubt freilich solche Befundung der politischen Meinung — aber natürlich nur unter der Voraussetzung, daß sie die Ordnung und öffentliche Sicherheit nicht gefährdet. Und diejenigen, die auf diese Art politische Propaganda treiben würden, wenn sie einmal das Recht in der Hand hätten, hobn-lachend auf solche Freiheiten pfeifen und ihren Gegnern den Meißel zeigen.

Man wird dem Beobachter nur recht geben können. Wir haben schon gestern darauf hingewiesen, daß das Auftreten verschiedener Naziabteilungen direkt provozierend wirkte. Mander der Brauhendenträger meinte, daß die Nazis die Herren der Straßen seien. Daß diese Herrschaften nichts nach polizeilichen Vorschriften fragen, geht schon daraus hervor, daß der Zug der nationalsozialistischen Motorradfahrer, in dem sich auch Bilet befand, nicht einmal polizeilich angemeldet war.

Der Polizeibericht meldet noch ergänzend zu der gestrigen Meldung:

Bei dem Ueberfall auf den nationalsozialistischen Motorradfahrer Bilet aus Labr, der am Montag abend seinen Verletzungen infolge Schädelbruchs erlegen ist, kommt als Haupttäter in Betracht der am 30. April 1905 in Karlsruhe geborene Schuhmacher Albert Johannes Haas, bisher wohnhaft in Karlsruhe, Adlerstraße 45, V. Nach dem Flüchtigen wird eifrig gefahndet. Zwei Mittäter wurden bereits festgenommen.

Die weiteren Feststellungen haben ergeben, daß sich dem Zug der nationalsozialistischen Motorradfahrer, der bei der Polizei nicht angemeldet und deshalb nicht bekannt war, bei seiner Rückkehr durch die östliche Kaiserstraße plötzlich eine größere Anzahl Kommunisten in den Weg stellte, von denen einige veruchten, auf die Motorradfahrer einzuschlagen. Dabei wurde der inzwischen verstorbene Motorradfahrer vom Rad geschlagen.

Ein Augenzeuge meldet sich

Hysterische Hitler-Weiber

Von einem Augenzeugen des Vorfalles in der östlichen Kaiserstraße wird uns geschrieben:

Wenn auch der Umsatz selbst im allgemeinen ohne Zwischenfälle verlief, so ist dies dem vernünftigen und besonnenen Teil der Einwohner zu danken, die dem mit großem Tra-Tra angekündigten Schauspiel der Braunbender einfach wegsah. Ein klassisches Bild, wenn einem Aufmarsch großer und kleiner „Selben“ die Begeisterung seitens der Spalterbildenden verjagt ist, denn die Straßen und Gehwege waren überall leer. Nur auf der Kaiserstraße in der Nähe der Hitlerverstecke hatte sich etwas neuerartiges Volk angesammelt, was dort ja eigentlich oft der Fall ist, weil an dieser Stelle immer „was los“ ist. So auch am Montag wieder — die Gaffer sollten auf ihre Rechnung kommen, es ist wieder Blut geflossen. Als gegen 4 Uhr 8 bis 10 uniformierte Hitler auf Motorrädern vom Durlacher Tor her kommend diese Stelle passierten, wurden sie mit Heilrufen empfangen, die in der Hauptsache von Frauen mit arghlenber und provozierender Stimme ausgehoben wurden. Und da Druck immer Gedrond erzeugt, wurde von Kommunisten mit „Heil Moskau“ erwidert — eigentlich eine ganz natürliche Sache! Nun schien alles gut vorübergehen zu wollen, aber einige Führer der Motorräder machten nun ebenfalls drohende Zuerufe, was einen Kommunisten veranlaßte, von der linken Gehseite auf die rechte Fahrstraße zu springen und dem letzten Motorradler mit einem Stoß einen Schlag über den Rücken verfehle. Beim zweiten Schlag von vornen stürzte dieser vom Motorrad und verletzte sich tödlich. In der nun allgemein entflammenden Verwirrung ist der Rohling durch die Adlerstraße nach dem Schloßplatz zu entkommen. Es ist nicht richtig, wie es im anstrichlichen Polizeibericht heißt, daß der Ueberfall während eines kurzen Haltens der Motorräder ausgeführt wurde. Diese führen meiner Schätzung nach in einem Tempo von 10 bis 12 Kilometer, sonst wäre ja, als sie mit Heilrufen empfangen wurden, nicht der Letzte von ihnen das unglückliche Opfer gewesen. Auch wäre gewiss die Verletzung nicht tödlich gewesen, wenn der Fahrer von seinem im Rubeband befindlichen Rad gestürzt wäre. Als Augenzeuge stelle ich das fest und ich habe meiner Empörung jenen hysterischen Frauen gegenüber, die nicht laut genug „Heil Hitler“ schreien konnten, lebhaften Ausdruck verleihe und sie mit verantwortlich für das Unglück gemacht.

Die Polizei berichtet:

Berkehrsunfälle

Gestern abend fuhr eine Radfahrerin von hier durch Nachtsamkeit Ecke Karls- und Kriegsstraße auf einen vor ihr in südlicher Richtung in die Karlsstraße einbrechenden Personenkraftwagen auf. Die Radfahrerin stürzte zu Boden und mußte mit einem Knochenbruch mittels Krankenwagen in das Städtische Krankenhaus eingeliefert werden.

Der Führer eines Lieferwagens aus Durlach-Aue fuhr mit seinem Fahrzeug heute früh in der Kriegsstraße in der Nähe des Hotels Germania auf einen Leitungsast der elektrischen Straßenbahn auf. Der Lieferwagen wurde so stark beschädigt, daß er abgeschleppt werden mußte. Außerdem sind dem unvorsichtigen Fahrer 2000 Eier zu Bruch gegangen.

Diebstähle

Einem Arbeiter von hier wurde gestern nacht sein vierrädriger Handwagen, den er in einem Hofe in der Hardtstraße abgestellt hatte, gestohlen.

Einem Buchdruckermeister von hier ist in einer hiesigen Badeanstalt sein Bademantel entwendet worden.

Einer Frau von hier wurde in einem hiesigen Kaufhaus ihre Lederhandtasche mit Inhalt und einem Geldbetrag von 14 Mark gestohlen.

Sachbeschädigung

In Weiertheim haben einige Rowdys mit Pfistersteinen an verchiedenen Häusern zwei Fensterheben eingeworfen. Ermittlungen sind eingeleitet.

Lichtspielhäuser

Residenz-Lichtspiele

Wat und Patagon auf Freiersfüßen. Zwei karole Gesellen sind es, diese Datanen. Zum Schließen ist der große mit seinem dümmlichen Gesicht, seinen langen „Flossen“, wenn er im Verein mit dem rundlichen Kollegen, der nicht weniger lustig wirkt, die Karlsstraße dabergerichtet kommt. Beide gehören zusammen wie Bruder und Schwester und man kann sich nicht vorstellen, daß einer allein ein komisches Werk betreiben könnte. Ihre Woffsmigkeit im Spiel ist eben nur als Zwielfheit denkbar. Und wie nett, wie manierlich der Kleine sein Magenbrotschneiden zu läffen weiß!

Man kann von ihren Finessen nur bestiebtigt sein! Was in diesem Film von den Landstreichern geleistet wird, ist unter aller Kanon. Man muß sie sehen, wenn sie auf Freiersfüßen stehen, auf Brautshaw ausgehen. Da haben diese Paardanden ihre eigenen Wege, besonders unter den Vänten des Damencoups, als Röde, auch Wildwestmänner, vermag das Duo seine volle Kunst zu zeigen. Einzighend ist die Situation im Zuge wiederzugeben, alda unter den Vänten bessere „Muschel“ auf's Geirat besteht. Mit einem Krastauswand, der Fabriten in Betrieb setzen könnte und einem unbeschreiblichen Theater veranstalten Wat und Patagon eine Bootsfabri. Wohl einzig dürfte ihr kombiniertes Mittageessen dastehen. Beide sind imstande, mit den langweiligsten und dümmsten Wfagen Dinge zu vollbringen, die wir für selbstverständlich halten; worüber wir im allgemeinen nicht laden. Lediglich die Begleitbeweise sind die in Rede stehenden Künstler Meister auf ihrem Gebiet. Vor noch nicht langer Zeit konnten sie sich ardhier Beliebtheit erfreuen. Die entseffelten Nachfahre. Klamäblich hat man sich auch daran gewöhnt. Leider bleibt ihnen heute der große Erfolg verlag. Wenn das Publikum Gellchler lange genug gesehen hat, ist es satt. Man kann annehmen, was man will, Bedauerlicherweise muß man dies konstatieren.

Unter anderem werden noch Bilder aus dem Leben des berühmten Gellers Rodolo Banantini gezeigt. ... Venedia Garacovi. ... Lebenslust und Selbstlosigkeit des Bildens. Wunder schöne Anstriche. Zusammengefaßt ein anprecherber Spielplan diese Wode im Resl. .pf.

Oostal

Baden-Baden

Sänger- und Partiausflug. Wir verweisen nochmals auf den am nächsten Sonntag, 31. Mai, stattfindenden Sänger- und Partiausflug nach Staufenberg zum 'Sternen' hin, der bei jeder Witterung stattfindet. Treffpunkt um halb 2 Uhr nachmittags an der Straßenbahnstation bei der Murr-Bergbahn von hier. Gemeinamer Abmarsch punkt 2 Uhr.

Sozialdemokratische Partei

An alle Mitglieder des Ortsvereins! Sonntag, 31. Mai, veranstaltet der Arbeiter-Gesangverein Freiheit und die Sozialdemokratische Partei einen gemeinschaftlichen Ausflug nach dem Erdbereori Staufenberg. Zu diesem Ausflug, es ist ein Familienausflug, sind alle Genossinnen und Genossen nebst Familienangehörigen freundlich eingeladen und wird erwartet, daß die Beteiligung reichlich ist. Die SAG, wird sich ebenfalls geschlossen beteiligen. Darüber hinaus sind aber auch alle Genossinnen, Freunde, Reichsbannerkameraden, Arbeiterpartei, Naturfreunde, Freie Gewerkschaftler nebst Familienangehörigen eingeladen. Abmarsch um 2 Uhr von der Endstation der Straßenbahn im Murrerwald. Die Staufenberger rote Musikkapelle wird uns beim Neuhäuser abholen und nach dem dortigen Lokal der freien Arbeiterpartei, Gasthaus 'Zum Stern' geleiten. Dasselbst gemütliches Beisammensein bei Musik und Gesang, außer dem Arbeiter-Gesangverein 'Freiheit' werden auch die Staufenberger freien Säger (60 Mann) mitbesuchen das Programm zu bereichern. — Genossinnen und Genossen richtet euch ein und denkt daran am Sonntag, 31. Mai Familien-Ausflug nach Staufenberg.

Zur Beachtung für schlechte Fußgänger: Staufenberg hat Postautoerbindung mit Baden-Baden.

Polizeiberichte

Verkehrsunfälle. Am 18. Mai, vormittags wurde an der Straßengabel beim Gasthaus zum Adler in Baden-Dos ein 16 Jahre alter Radfahrer von einem Personentransportwagen angefahren und zu Boden geworfen, ohne jedoch verletzt zu werden. Untersuchung ist eingeleitet. — Am 19. Mai, nachmittags, fuhr in der Gernsbacher Straße beim Besitzersgärtchen ein 16 Jahre alter Radfahrer auf einen entgegenkommenden Personentransportwagen auf, wodurch er sich verschiedene Verletzungen im Gesicht zuzog. Es liegt ein Selbstverleumdung des jungen Radfahrers vor, der mit überhöher Geschwindigkeit fuhr und überdies die falsche Straßenseite einnahm. Ermittelt wurden zwei von auswärtigen Behörden gezielte Personen. — Ein Angeklagter gelangte eine Person wegen Fahrlässigkeit, eine Person wegen Betrugs und Unterschlagung, eine Person wegen Betrugs, zwei Personen wegen Diebstahls, eine Person wegen Betrugs, eine Person wegen Verstoßes gegen das Rauchverbot, eine Person wegen Brandes der Ausweisung, eine Person wegen Hausfriedensbruchs, zwei Personen wegen Körperverletzung, ein Bäckermeister von hier wegen Vergehens gegen das Rauchverbot, vier Personen wegen Uebertretung der Gewerbeordnung, vier Personen wegen großen Unfalls, fünf Motorradfahrer und ein Führer eines Personentransportwagens wegen Gefährdungsbefähigung, ein Motorradfahrer und ein Radfahrer wegen Fahrens mit übermäßiger Geschwindigkeit. — Gebührenschriftlich verwahrt wurden 21 Personen.

Das obere Beamtentum

Das in der denkwürdigen Bürgerauschusssitzung vom 13. Mai von keiner Partei bestrittene Kriterium der Ablehnung des städtischen Voranschlags hatte als Hauptursache die katastrophale Belastung des Stadtsäckels durch die allzu hohen Verwaltungsunkosten. Hat doch die 30 063 Einwohner zählende Wädertstadt mit einem auffälligen Verwaltungsaufwand von 654 458 M unter allen badischen Städten den weitaus höchsten Verwaltungsindex mit 21,77 M pro Kopf. Gegenüber dem Reichs- und Länderbeamtentum sind die oberen Ratsbeamten anlässlich der Einführung in den Besoldungsstarif ein bis zwei Gehaltsklassen höher eingruppiert worden. Da gerade in den oberen Besoldungsklassen große Differenzen im Gehaltsverhältnis gegenüber dem Staats- und Reichsarbeiter zu beobachten sind, überhöhten die Gehaltsunterschiede die Stadt in bedenklicher Weise aus. Aus diesen abnormen Ueberschüssen ergeben sich, da die Prozente der späteren Pensionierung dem staatlichen Modus angeschlossen sind, wiederum finanziell größere Benachteiligungen in langandauernder Zeit. Unter 222 städtischen Beamten sind 7 in Klasse 9, weitere 9 in Klasse 10, ferner 10 in Klasse 11 und zuletzt 6 in Klasse 12 eingestuft. Mitbin sind 32 Ratsbeamte mit Sicherung der hohen Pension höher als Gehaltsklasse 8 tariflich entlohnt.

Dieser Zustand der städtischen Personalpolitik ist in unserer bitteren Wirtschaftslage völlig untragbar geworden. Im Anstellungsverhältnis werden weitere 4 Personen nach der Lohnklasse 10 honoriert. Man erinnert sich in Arbeitnehmerteilen noch deutlich jener Zeit, wo die Amtsinhaber in eine bestimmte Gehaltsklasse eingruppiert wurde, der Stelleninhaber 'für seine Person' nach der nächst höheren Lohnklasse aufstufte. Es darf erwartet werden, daß dieser Vorgang durch die letzte Entschliessung des Bürgerauschusses baldigst abgeschafft wird. Grundtätig steht die SPD, auf dem Rechtsstandpunkt, daß der Stadtrat die Wahrung jedweder Einkunft und somit in bitterster Notzeit auch die gemeindliche Gewalt der Rückführung in eine höhere Gehaltsklasse. Im Verhältnis zur Stadtdirektion Baden-Badens, zu den steuerlichen Ueberschüssen und zur Verschuldung ist die von der Reichsregierung schon mehrfach prophezeite Rückwärtsrevision des städtischen Stellenplans zu Sanierungszwecken eine nicht mehr zu umgehende Finanzmaßnahme geworden. Die hier anfallenden Reichs- und Länderbeamten, die in jedweder Form Gemeindesteuern bezahlen, erbliden in diesen abnormen Höherentlohnungen ein bitteres Unrecht und eine kränkende Unterscheidung. Die schon längere Jahre wirkende Ueberschuldung der oberen Beamten hat dem städtischen Steuerzahler schon manche Mark aus der Tasche geholt, welches wohl nie wieder gut gemacht werden kann. Erst können sich diese Beamtenfreier vor der Finanzierung der notwendigen Titel, wobei der Vorbehalt 'Über' eine entscheidende Rolle spielte, hiernach erfolgte in kluger Berechnung die finanzielle Höherentlohnung.

Die Werttätigen müssen in dieser Notzeit froh sein, wenn Verdienst und Unterstützung zum Leben hinreichen und keiner vermag sich auswärts fürderlich und seelisch zu erholen. Wo verleben die oberen Beamten ihren Uebergehalt? In sozialistischen Arbeitnehmerteilen erinnert man sich immer wieder des Widerstandes, den unsere Parteierretzung bei der Anstellung des Oberbaureates M. im Stadtratskollegium manhaft bewies. Heute sind Stadtratsordnungsstellen und Stadtrat einhellig der Auffassung, daß die Sozialdemokraten den richtigen Weg eingeschlagen hatten und man wäre froh, wenn... Dieser vor zwei Jahren getätigte Schildbürgerstück der Herr Herr-Herrler lohnte die Baden-Badener Wählererschaft in marianter Form anlässlich der vorjährigen Gemeindevahlen.

Vor drei Jahren kam ein staatl. Finanzinspektor aus Gehaltsklasse 8 zur Stadtratsverwaltung. Die Bürgerlichen hatten nichts eiligeres zu tun, als in hundertprozentigem Seruilismus den Reudemokraten nach Gehaltsgruppe 10 einzustufen. Merkwürdig bleibt die Tatsache, daß die bürgerlichen Wähler über die verkehrte Taktik ihrer offiziellen Parteierretzer am meisten den Mund aufzum und doch ist das Büchlein nach dem oberen Beamtentum in diesen Mittelstandskreisen ein stark beobachteter Vorgang und die günstige Verfolgung eines Oberbeamten in städtischen Diensten durch Liberalismus, Demokratie und Zentrum, wozu in neuester Zeit die Nationalsozialisten hinzukommen, siehe den bezeichneten Fall des Stadtsäckelchefs, ist allbekannt. Selbst Wählungsblätter berichteten von der selbst beamteten Höherentlohnung des Vorstehenden des städtischen Beamtentums, der wohl im Staatsstarif, wenn Prüfungen, Vorbildung und Verantwortung ausgleichend wären, noch heute in Klasse 6 oder höchstens 7 eingestuft wäre. Als Analogie sei hier der Arbeitnehmerschaft und der Gehaltswelt der Tatsachenbestand

Arbeitslosigkeit und ihre Bekämpfung

Durchführung von Notstandsarbeiten die beste Fürsorge

Die andauernden Verschlechterungen auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung und besonders in der Krisenunterstützung haben die Gemeinden aufs neue vor schwere Belastungsproben gestellt. Hinzu kommt noch die weiter anhaltende Wirtschaftskrise, wobei in diesem Jahr auf Besserungsmöglichkeiten kaum etwas zu rechnen ist. Was aber für die Gemeinden jetzt besonders gefährlich werden kann, ist die bisherige Dauer des schlechten Arbeitsmarktes, die jetzt den Zeitpunkt eintritt, daß eine große Anzahl Erwerbsloser über die Norm der bisherigen Verhältnisse hinaus die Anwartschaft zur Arbeitslosenunterstützung nicht mehr erfüllen kann und so der öffentlichen Fürsorge anheimfallen müssen. Dort sind die Unterstützungssätze noch niedriger, die Ausgaben der Gemeinden steigen durch die Größe der Zahl ins Unheimliche und die Notlage der Unterstützten wird immer größer. Die Ausgaben des Fürsorgeetat nimmt Formen des kaum mehr erträglichen an, ohne daß von den Betroffenen auch im geringsten gebollt wäre.

Bei den vergangenen Voranschlagsberatungen der Stadt Karlsruhe hat auch der Etat des Fürsorgeamtes eine der wichtigsten Rollen eingenommen. Schon der tägliche Aufwand von 25 000 bis 26 000 RM, ist für eine Stadt wie Karlsruhe mit kaum merklicher Indusktrie, die unter den Auswirkungen als Grenzland Baden besonders leidet, von außerordentlicher Bedeutung. Je mehr die Ausgaben steigen, je mehr wird man verlangen, die Mittel zu strecken, das heißt die Unterstützungssätze zu drücken. Und all die wohlberatenen Maßnahmen werden die Massen vor der großen Notlage nicht bewahren. So wird Karlsruhe nach vorläufiger Berechnung für das Jahr 1931 im Fürsorgeamt rund 9,2 Millionen Reichsmark aufwenden müssen. Ob diese Mittel reichen werden, weiß niemand zu sagen und das trotzdem dem Fürsorgeamt nicht geholfen ist, braucht nicht gesagt zu werden. Auch von einer Stagnierung der Steuereinnahmen kann wohl kaum in den nächsten Monaten gesprochen werden.

So wird nun der große Kampf entbrennen, wie und von wem soll der Aufwand gedeckt werden. Es ist dabei noch besonders zu beachten, daß auch bei den sonstigen Etats mit gewaltigen Einbußen und Ausfall von Einnahmen zu rechnen ist. Das bei dieser Situation die extremen Parteien nicht müßig sind, durch Stellung von Agitationsansprüchen ihr Parteiländchen locken zu wollen, ist bei einem Großteil der Einwohnerlichkeit zur Genüge bekannt. Ein besonders politische Geschäftlichkeit ist dabei nicht notwendig, insbesondere wenn man sich um die Deckungsfrage nicht kümmert. Mögen aber auf der anderen Seite einige politische Parteien noch so ein großes Maß von Verantwortung wie in der bisherigen Weise auf ihre Schultern nehmen, so wird, wenn wirtschaftlich in absehbarer Zeit keine Besserung eintritt, es bei der bisherigen Handlungsweise nur ein Bruchteil von dem sein, was zu tun eigentlich notwendig wäre.

In diesem Augenblick hat die Arbeiterschaft mehr denn je das Recht, die zu einer Zeit vielgesprochenen Worte 'Für die Arbeit kann uns retten' auszusprechen. Jamohl, mit aller Deutlichkeit und Schärfe muß dies gesagt werden, denn die beste Fürsorge ist Arbeit. Aber mit diesen Worten ist es allein nicht getan und gebollt, sondern es muß zu Maßnahmen kommen, die dieses Problem der Arbeitsbeschaffung wirklich lösen. Also darum: Schaffung eines Arbeitsprogrammes, das schnellstens in Angriff genommen werden muß. Ob hierzu in Karlsruhe eine Möglichkeit vorliegt, kann nicht verneint werden. Diese Möglichkeit sind der Stadterwaltung längens bekannt. Leider ist es bisher nur bei den Erwägungen geblieben. Meinen Vorschlag wird man sofort entgegnen: Ja, und die Mittel! Selbstverständlich darauf kommt es an und diese Frage soll in den Ausführungen nicht unberücksichtigt bleiben.

Wie könnte das Arbeitsprogramm aussehen? Seit Jahren ist der Bau eines Altersheimes notwendig, dem bis heute noch nicht entsprochen worden ist. Schätzungswise Aufwand 1,2 Mill. RM. Die in bestimmten Stadteilen besonders geförderte

Bautätigkeit macht die Erstellung eines Schulhauses erforderlich, wofür ein Betrag von 1,1 Mill. RM. notwendig ist. Von besonderer Wichtigkeit ist die Erstellung eines Verwaltungsgebäudes des Stadt. Gas-, Wasser- und Elektrizitätswertes in Höhe von 1,2 Mill. RM. Erstellung einer Markthalle und Durchführung der Wästel- und Markthalle am alten Bahnhof. Bau des 5. Meinsoldensiedens sowie Herbeiführung des Städtischen mit einem Betrag von ungefähr 1,6 Mill. RM. Durchführung der Bauarbeiten zum Bau der Rheinbrücke, bei der Karlsruhe mit einem Anteil von 1,25 Mill. RM. in Frage kommt. Ebenfalls nicht unnötig dürfte die Reparatur aller städt. Gebäude notwendig sein, wofür ein Betrag von 500 000 RM. einzusetzen wäre. Und zuletzt sei erwähnt die Erstellung eines neuen Arbeitsamtes, dessen bisherige trostlose Zustände einem jeden Erwerbslosen zur Genüge bekannt sind, mit einem Aufwand von 1,2 Mill. RM., dessen Betrag von der Reichsanstalt wieder zurückerstattet wird.

Wieviel könnten bei Durchführung des erwähnten Programmes Beschäftigung finden und würden eine nicht zu beschreibende Sorte los? Und um wieviel würde auch dadurch der Etat des Fürsorgeamtes entlastet werden. Nicht wenige Handwerker und Gewerbetreibende könnten dadurch wieder Beschäftigung finden. Dieser Zug ginge durch den ganzen Kreis der Geschäftskreise, der Umstoß könnte durch die wiedergewonnene Konsumtionskraft weiter Beschäftigungsbereitschaft wieder gesteigert werden.

Aus all diesen Gründen muß es so sehr an das Problem der Arbeitsbeschaffung herangetreten werden. Aber alle Hinweise, die Arbeitsbeschaffung geschaffen werden muß, können nicht nützen, so lange man sich über den Punkt der Finanzierung derselben ebenfalls Gedanken macht, wie über die Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung selbst. Vom Reich kann in absehbarer Zeit keine Hilfe erwartet werden, also streiten die Gemeinden im eigenen Interesse zur Selbsthilfe. Schon im Interesse der Fürsorgeempfänger und der Stadt selbst muß im Interesse aller Volkserwerbslosen eine Beschäftigung herbeigeführt werden. Niemand wird verlangen und erwarten wollen, aus Wirtschaftsmitteln daselbst besitzten zu wollen. Zunächst Schaffung eines Grundfonds, der aus dem Etat des Fürsorgeamtes entnommen werden soll. Dieser kann durch Beschäftigung von Volkserwerbslosen beim Fürsorgeamt eingespart werden. Schaffung einer Zweifelder, die nur zum Zwecke der Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten Verwendung finden soll. Beschaffung von Anleihenmitteln, die aus den Erträgen der Zweifelder eine reichere Tilgung erfahren soll.

Es soll auch an dieser Stelle vor einer planlosen Ansehenspolitik gewarnt werden. Die aber von mir gemachten Vorschläge liegen durchaus im Bereich des Möglichen und sind einer ernsten Erwägung wert. All die bisher angewandten Palliativmaßnahmen von Zuschüssen oder sonstigen Mitteln, die eine gewisse Besserung aller Kreise hervorgerufen, und zwar deshalb, weil durch diese Maßnahmen irgendein sichtbarer Erfolg nicht zu verzeichnen war. Man muß hierbei auch mit der Fiktion dessen rechnen, der auf all diesen Dingen herangezogen wird. Und wenn man selbst zu der Notwendigkeit einer Steuer kommt, wie die der Bürgersteuer, so müßte ihr doch noch mehr loslöser Charakter gegeben werden. Auch in Arbeitkreisen wäre mehr Verständnis für sie zu gewinnen, wenn durch stärkere Feuerliche Heranziehung der anderen Seite ein sichtbarer Erfolg zur Verringerung der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen wäre. Die Arbeiterschaft, soweit sie in den Betrieben noch tätig ist, ist kaum in der Lage, insofern Kurzarbeit eine weitere Belastung zu tragen. Ein jeder, der noch ein Gefühl für die Gesamtheit der Menschheit besitzt, muß von tiefem Ernst und Sorgen erfüllt sein und ein gemeinschaftliches Pflichtgefühl zum Ausdruck bringen, um die menschenscheuende, staatsgefährdende und kulturzerstörerliche Not der Erwerbslosen zu beistehen. Darum Hand an Werk zur Erfüllung einer bestmöglichen Aufgabe an uns Menschen selbst!

Gustav Heller, Stadterordner.

Volkswirtschaft

Karlsruher Schlachtwirtschaft. Zufuhr: 24 Köhen 44-48, 42-44, 41 bis 42, 39-41, 37-39, 36-37; 42 Vullen: 41-42, 38-39, 37-38, 34 bis 27; 31 Rinde: 17-27, 15-17; 132 Füllen: 45-51, 37-43; 129 Rinder: 70-73, 67-70, 61-67, 51-55; 1082 Schweine: 45-45, 45-47, 47-51, 49-52, 46-51, 35-38. Seite Qualität auch über Reich, Lebenserwartung und Schwere langsam. Ueberfahrt; Käber, langam gerannt.

Der Verband Deutscher Waren- und Kaufhäuser e. V. stellt in seinem Jahresbericht für das Jahr 1930 mit: Das Jahr 1930 war wirtschaftlich und verkehrspolitisch für die deutschen Waren- und Kaufhäuser von besonderer Bedeutung. Die schwere Wirtschaftskrise hatte den Großbetrieblen die Einzelhandelsbetrieblen gegenüber. Trotz der in diesem Jahre beschlossenen Bon der belastung der Großbetrieblen die Einzelhandelsbetrieblen in Form der erhöhten Umsatzsteuer mußte ein der gestraukt der Konsumenten entsprechend, möglichst schneller und großzügiger Preisabbau vorgenommen werden. Eine kritische Durchsicht der Einzelhandelsbetrieblen wirtschaftspolitischen Angriffe — ein schrittweise der am 10. September 1930, als diese Angriffe andauern. Interesse sind ferner die Ausführungen über Steuern, die Erhaltung der Einzelhandelsbetrieblen in Amerika, England und Deutschland, sowie und Lagerung in deutschen Warenhäusern im Jahre 1930 (Bericht des Instituts für Konjunkturforschung), sowie die Beiträge und Diskussionen der letzten Generalversammlung des Verbandes, die u. a. der Frage der Stellung der Großbetrieblen in der öffentlichen Meinung gewidmet sind.

Die Frau als Rechenmeister! Täglich setzt sie sich in dieser schwierigen Kunst: als Berufstätige als Hausfrau und als Mutter! Wäre es nicht ein wenig, besonders in der Höhe dieser Güte und Ergebenheit der Aufgaben größte Rolle. Eine Margarine wie die feine und nahrhafte Sanieta wird den Ehepaar abwechselnd abgetastet, denn sie ist gleich gut für die Höhe und als Brotzusatz, und weil sie so erfrischend preiswert ist, wird das Wirtschaftskonto entlastet... die Rechnung stimmt!

Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Bezirk Mittel- und Südstadt Mittwoch, 27. Mai, abends Punkt 8 Uhr, findet unsere nächste Bezirksversammlung in der 'Gambriusgasse', Erbringerstraße, statt. Die Tagesordnung lautet: 1. Vorschläge zur Agitation. 2. Vortrag des Gen. Wilhelm Koch über 'Die ökonomische und wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft'. 3. Anfragen und geschäftliche Mitteilungen. Wir bitten die Genossen dringend, diesen Tag freizubehalten und sich reiflich an der Versammlung zu beteiligen. Gäste, die unserer Bewegung nahestehen, haben Zutritt und bitten wir, solche eventuell mitzubringen.

Arbeiterwohlfahrt Morgen, Donnerstag, 28. Mai, abends 8 Uhr, findet in der Geschäftsstelle, Karl-Friedrich-Straße 22, eine Vorstandssitzung statt. Vollständiges Erscheinen wird erwartet. Auf die am Sonntag, 31. Mai ds. Js. stattfindende Sammluna zu Gunsten der städtischen Kindererholung sei heute hingewiesen, mit der Bitte, sich recht zahlreich zur Verfügung zu stellen. Sammelstellen können schon am Samstag abend im Büro, Karl-Friedrich-Straße 22, in Empfang genommen werden.

Bezirk Daglanden Bezirksversammlung. Am Samstag, den 30. Mai 1931, abends 8 Uhr, findet im Karlsruher Hof (Volksbau) eine Bezirksparteiversammlung statt, in der Gen. Stadtrat Töpfer über den städtischen Voranschlag referieren wird. Da mit diesem Thema auch die Ständelaffäre im Rathaus erwähnt werden wird, darf man annehmen, daß diese Versammlung einen zahlreichen Besuch aufweist. Darum, Parteimitglieder und Volksfreundler, erscheint zahlreich und pünktlich.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Schuß: Donnerstag, 28. Mai, 8 Uhr abends Versammlung in der 'Gambriusgasse' (Ludwigsplatz).

Der Blitz am Mittwoch Frotier-Handtuch 1.- Beiderw.-Hauskleid 220 Zefir-Waschkleid 430 BURCHARD

Partei-Nachrichten

Macht eure Meldung für die Bodenfee-Internationale
Die Programme mit dem Anmeldefouon für die Massenauf-

Parteitag und Parteitaktik
Der Parteitag rückt immer näher. Die bereits veröffentlichten

Genosse Arthur Schweizer-Sagen untersucht die Zusammen-

Genossenschaftliches
Der 14. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands (Wieter

Partei-Nachrichten

Genossenschaftliches
Der 14. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands (Wieter

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe
Sterbefälle und Beerdigungszeiten. 23. Mai: Sofie Fehner,

Wollten Sie das schon?
Nun, daß 10 Gramm Salt in 100 Liter Wasser fast ein Viertel

Der Stratosphärenflug

Professor Piccard heute früh gestartet

27. Mai. (Drahtber.) Professor Piccard ist heute vormittag um 3.55 Uhr zu seinem Strato-

Fast regungslos stand der zierliche, birnenförmige

Schupolenten und Arbeitern der Ballonfabrik bestehende

Um 3.30 Uhr schlüpfte er mit Kipser in die Gondel, die also-

Man rechnet nach den eigenen Angaben Professors Piccards

Kleine badische Chronik

Freitod

i. Forchheim, 27. Mai. (Ein. Meldung.) Der etwa 65 Jahre

Großfeuer

Durmersheim (M. Kallath), 26. Mai. Am Pfingstmontag

Ein Theaterauto verunglückt

• Todtmoos, 26. Mai. Ein mit 12 Personen besetzter Schnell-

Kind überfahren

• Pforsheim, 26. Mai. Am Samstag nachmittag wurde in der

Doppelwohnhaus eingestürzt

• Pfaffenweiler, 26. Mai. Hier brach in dem Doppel-

i. Odenheim. Zwischen Odenheim und Tiefenbach stürzte infolge

t. Hambüchen. Der Schaden, den hier das Unwetter anfangs

Weinheim. Infolge eines Sturzes von der Treppe ist die Haupt-

Wannheim. Ueber die Pfingstfeiertage ereigneten sich im Stran-

Häusern. Beim Baden im nunmehr fertiggestellten Schwarz-

Wannheim. Hier brannte Werkstat und Deponiegebäude

Unterfornswald. Ein mit drei jungen Leuten besetztes Motor-

Freiburg i. Br. In der Küche eines Hauses in der Granatgasse

• Konstanz. In der Nacht vom 23./24. Mai nachts etwa 24 Uhr

• Müllingen. Am Freitag, den 26. Mai, wurde in Müllingen ein

Wassersand des Rheins
Basel 181, gest. 8; Waldshut 366, gest. 1; Schusterinsel 246, gest. 1;

Veranstaltungen
Mittwoch, den 27. Mai 1931:

Wassersand des Rheins
Basel 181, gest. 8; Waldshut 366, gest. 1; Schusterinsel 246, gest. 1;

Veranstaltungen
Mittwoch, den 27. Mai 1931:

Wassersand des Rheins
Basel 181, gest. 8; Waldshut 366, gest. 1; Schusterinsel 246, gest. 1;

80 Millionen BÜRGER Nimmungen 10, 12 u. 15 Pfg. wurden 1930 geraucht - der beste Beweis für deren Qualität

